

Mr. President, die NATO ist noch immer unentbehrlich

Amerika darf die Allianz nicht aufgeben - und Europa muss global handeln wollen, um dies zu verhindern

VON BRONISLAW GEREMEK,
JACQUES LANCADE, PETER
MANDELSON, MARGARITA
MATHIOPOULOS,
KLAUS NAUMANN

Auf dem Weg zum historischen Prager Nato-Gipfel im November steht die Nato vor einer entscheidenden Frage: Will sie eine wahrnehmbare Rolle im Anti-Terror-Kampf einschließlich der Eindämmung von Massenvernichtungswaffen spielen, oder soll sie eine Super-OSZE ohne globale Handlungsmacht werden? Prag ist kein Erweiterungsgipfel. Er wird ein Überlebensgipfel. Es geht für die Nato um Sein oder Nichtsein.

In Prag werden die Europäer sich selber eine Antwort geben müssen: Sind sie willens, die Nato militärisch relevant zu halten? Das bedeutet nicht nur, sich verbal auf höhere Militärausgaben zu verpflichten, sondern auf die Erstellung eines präzisen, fristenbehafteten Plans zum Erwerb der fehlenden technischen Mittel. Auch die Amerikaner müssen in Prag mit einer Antwort für sich selber aufwarten: Sind sie daran interessiert, die Nato für künftige Krisenfälle militärisch relevant zu halten, oder ist die Pentagon-Doktrin „Wahrt den schönen Schein“ bereits die neue Politik der gesamten Regierung Bush?

Am 11. September hat sich die Welt nicht wirklich gewandelt. Der Tag hat uns nur in brutaler Weise daran erinnert, dass die neue strategische Bedrohung global ist und eine gemeinsame Antwort verlangt. Über Nacht hat er die Europäer dazu gebracht, eine Schlüsselaktion der neuen Nato zu akzeptieren (die bereits seit dem Ende des kalten Krieges debattiert wird): Entweder erweitert das Bündnis sein Aktionsgebiet, oder es geht in Pension. Mit der Ausrufung des Beistandsfalls hat die Nato klar gemacht, dass sie de facto ein globales Bündnis ist, denn mit ihm ging keine regionale Einschränkung einher.

Acht Monate später wirkt die Allianz militärisch an den Rand gedrängt und politisch geschwächt. Sie hat nicht viel mehr als politische Unterstützung geleistet, und Amerika hat auch nicht viel mehr verlangt. Es hat damit zu erkennen gegeben, dass es nicht mehr von ihr braucht oder will - oder, schlimmer, dass manche Amerikaner die Nato in einer solchen Krise schlicht für nicht einsatzfähig halten. Einige Amerikaner haben ein vollkommen unzutreffendes Bild von der Rolle der Allianz im Kosovo-Luftkrieg; sie sprechen vom Krieg der Komitees. Wer damals in der Nato dabei

war, weiß, dass dies kompletter Unsinn ist. Andere scheinen die Erwartung zu hegen, dass die Abkommen mit Russland zu einer sehr viel engeren Zusammenarbeit mit Moskau führen werden, die über kurz oder lang die Verbündeten zwischen ihnen links liegen lässt.

Sollten diese Auffassungen in Washington vorherrschende Meinung werden, wäre es höchste Zeit, entweder korrigierend einzugreifen oder hinzunehmen, dass die Nato sich überlebt hat. Aus europäischer Sicht wäre Letzteres inakzeptabel. Europa wird zunehmend auf globaler Ebene bedroht, und es gibt nur eine Macht auf der Welt, die heute global handeln kann - die Vereinigten Staaten von Amerika. Ohne sie, ohne die Nato gibt es in und um Europa weder Sicherheit noch Stabilität.

Das Problem ist: Die Europäer betrachten die Nato nach wie vor als eine Krisen- und Verteidigungsallianz, wohingegen ihr mächtigstes und wirklich unverzichtbares Mitglied die Allianz nicht mehr länger im Krisen- und Konfliktfall einsetzen möchten. Sie betrachten ganz offensichtlich die Nato als ein nützliches politisches Instrument und als kollektive Sicherheitsstruktur, die Europa politisch stabilisieren und die Gründungsvision von 1949, ein freies und geeintes Europa, sicherstellen soll. Sie möchten sie bewahren, und konsequenterweise schlagen sie für die Prager Gipfel eine Tagesordnung vor, die die Energie der Mitglieder überwiegend in eine sehr ambitionierte Erweiterung und in die Umsetzung der Nato-Vereinbarung mit Russland lenkt.

Ein Bündnis indes, dessen Verteidigungsgarantie ausgehöhlt wäre, würde rasch an Unterstützung verlieren; es wäre das Ende der Nato. Es wäre ein Desaster für Europa und ein Schlag gegen Amerikas nationale Interessen. Die USA würden riskieren, die Kontrolle über eine ihrer Gegenküsten zu verlieren, und sie würden ihr wirkungsvollstes Instrument für politischen Einfluss in Europa aus der Hand geben. Es ist offensichtlich, dass dies nicht geschehen darf, weil es weder im europäischen noch amerikanischen Interesse liegt.

Deshalb müssen beide, Europäer und Amerikaner, Wege zur Wiederbelebung der Nato finden. Das geht definitiv über eine Erweiterung und über Vereinbarungen mit Russland hinaus, ebenso auch über den Erwerb einiger moderner Technologien. Die Nato darf nicht länger mehr die regionale Allianz bleiben, die sie gewesen ist, sie muss eine globale Allianz werden, bereit zur Verteidigung ihrer Interessen, wo auch immer sie bedroht werden.

Weltweite Risiken bedingen weltweite Sicherheit - und weltweite Sicherheit erfordert eine weltweit handelnde Nato. Der Prager Gipfel ist der Ort, an dem die notwendigen Entscheidungen für eine Transformation der Nato gefällt werden müssen. Sie sollten sich an folgenden Richtlinien orientieren:

Erstens: Es gibt nur einen Weg, die USA zu beeinflussen, und das ist die Bereitstellung von Mitteln, die wirklich etwas zählen. Die Europäer sollten sich auf Militärkapazitäten konzentrieren, die die Amerikaner benötigen, um eine oder mehrere Operationen wie in Afghanistan zu führen, und die zugleich die Europäer in Stand setzen, selber ähnliche Operationen durchzuführen, wenn die Amerikaner dort nicht involviert sein möchten. Zu diesem Zweck sollte die Nato eine neue Streitkräfteplanung entwickeln: Es geht weniger um die Kopie vorhandener US-Technologien in kleinerem Maßstab als um die Auffüllung amerikanischer Schwachpunkte, zum Beispiel auf den Gebieten

Bodenaufklärung, Luftbetankung und Lufttransport, aber auch effiziente Führungsmittel. Solche Kapazitäten wären nicht umsonst zu haben, wären aber bezahlbar, die Verbündeten würden unverzichtbar, ihr Einfluss würde wachsen. Man schlug zwei Fliegen mit einer Klappe: Die unersetzliche transatlantische Bindung würde gefördert und zugleich die EU gestärkt, denn nach wie vor geht es ja um ein gemeinsames Streitkräfteableu. Zudem würde ein solcher Schritt die gefährlich wachsende Technologielücke schließen. Heute stellen die USA im Verteidigungsetat 140 Milliarden Dollar für Investitionen bereit, rund 37 Prozent, wohingegen die meisten Europäer nur rund zwanzig Prozent für Modernisierungen ausgeben. Natürlich sollte ein solches europäisches Modernisierungsprogramm durch die erhöhte Bereitschaft der USA zum Technologietransfer begleitet sein.

Verhielten die Europäer sich wie beschrieben, würden die Amerikaner auch Europas substanzielle politische Aktivitäten mit neuen Augen betrachten. Sie würden nicht länger mehr als Ersatzhandlung für ausbleibende militärische Anstrengungen angesehen, sondern als Beiträge mit eigenem Wert.

Zweitens: Dies alles bedingt eine engere Zusammenarbeit auf den Feldern Infrastruktur, Verteidigung, Logistik, transatlantische Synergien bei der Beschaffungs-

politik und engere Kooperation der Rüstungsindustrien. Es sollte nicht um „kauf amerikanisch“ oder „kauf europäisch“ gehen, sondern um „kauf transatlantisch“ - die modernsten Systeme zu niedrigstmöglichen Kosten. Der aufrichtige politische Wille Washingtons, Technologien mit Europa zu teilen, ist für die Funktionsfähigkeit der Nato unverzichtbar.

Drittens: Die Entscheidung zum Erwerb neuer militärischer Mittel sollte in einem Handlungsplan in Prag niedergelegt werden, der sich auf nur einige wenige Kernthemen konzentriert - im Gegensatz zu den 58 Punkten der 1999 angenommenen Defense Capabilities Initiative.

Den Europäern muss dabei deutlich sein, dass die Beschränkung auf das Mach- und Finanzierbare nur der Anfang eines langen Modernisierungsprozesses ist. Es wäre der erste Schritt einer Europäischen Verteidigungsreform, die die Nato mit dringend erforderlichen Mitteln ausstattete und zugleich das Hauptziel von Helsinki

implementierte. Den Europäern muss deutlich sein, dass sie bindende Abmachungen eingehen müssen, wenn sie von den USA Technologietransfer erwarten. Deshalb können und müssen Nato und EU auf diesem Feld ein Monitor- und Sanktionsregime ins Leben rufen. Die Europäische Währungsunion funktioniert nur wegen strikter Kriterien und eiserner Fiskaldisziplin. Nato und EU sollten ähnlich scharfe Kriterien für ihre Sicherheitspolitik entwickeln.

Viertens: Alle guten Absichten freilich wären vergeblich, falls Washington, statt das europäische Engagement im Antiterrorkrieg und den Willen zu größerer militärischer Lastenverteilung zu nutzen, die Politik der „Nato à la carte“ fortführt - eine Politik, die künftige Militärationen auf eine Koalition der Fähigen und Willigen stützt, unter Einschluss einiger Nato-Staaten, im übrigen aber auf eigene Faust handelt. Als Folge dessen sind wir heute Zeugen eines politischen Schönheitswettbewerbs um die engsten und manchmal exklusiven bilateralen Beziehungen zu Washington. Das gefährdet nicht nur die europäische Einheit, sondern auch die Relevanz der Nato als Kern des transatlantischen Verhältnisses. Gewiss, die amerikanische Neigung zu Koalitionen innerhalb der Nato ist auch und nicht zuletzt Folge des gegenwärtigen Mangels europäischer Verteidigungskapazitäten - logis-

tisch nachvollziehbar, politisch aber von misslichem Symbolwert. Selbst mit ihrem nächsten 415-Milliarden-Dollar-Verteidigungsetat werden die USA nicht alle Krisen alleine lösen können. Sie werden nach wie vor einen starken verlässlichen Partner wie die Nato benötigen, und Europa sollte hier die erste und wichtigste Wahl sein. Niemand in Washington sollte vergessen, dass es im Antiterrorkampf nicht nur um technische Mittel geht, sondern auch um gemeinsame Werte und Überzeugungen. Nirgendwo sonst auf der Welt ist diese Kombination für die USA und Europa zu haben.

Fünftens: „Um die Welt im 21. Jahrhundert sicher für die Demokratie zu machen“, wird Washington die europäischen Alliierten brauchen. Für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts braucht auch Europa eine neue, glaubwürdige, mutige Politik, wenn es ein Partner der USA und ein global player werden will. Kein Zweifel: Paris gehört in die Nato, London in die Eurozone, und Berlin muss seine Hausaufgaben machen - strategische Prioritäten setzen; außenpolitische Ziele definieren; und daraus die sicherheits- und militärpolitischen Konsequenzen ziehen. Der 11. September hat klar gemacht, dass der politische Wille, eine globale Rolle zu übernehmen, zwingend ist. Sie ist eine Vorbedingung für ein wettbewerbsfähiges Europa in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht, und für ein Europa, das mit den amerikanischen Freunden seine kulturelle Identität gegen totalitär-islamische Terroristen verteidigen möchte. Der Wille zu globaler Verantwortung ist auch eine Vorbedingung für eine europäisch-amerikanische Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe und für eine starke, ausbalancierte Atlantische Allianz, die bereit ist, neue Herausforderungen überall und jederzeit anzunehmen.

Übersetzung: Torsten Krauel

Bronislaw Geremek ist ehemaliger Außenminister Polens; Admiral Jacques Lancaud ist ehemaliger Chef des Gemeinsamen Stabes der französischen Streitkräfte; Peter Mandelson ist Mitglied des britischen Unterhauses; Margarita Mathiopoulos ist Gründerin und Directorin des Potsdam Center for Transatlantic Security and Military Affairs; General Klaus Naumann ist ehemaliger Generalspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des Militärausschusses der Nato von 1996-1999

